

**Rede des finanzpolitischen Sprechers der CDU/FDP-Gruppe Region
Hannover, Prof. Dr. Roland Zieseniß,
zum Haushalt 2022 am 29. März 2022
in der Regionsversammlung**

-es gilt das gesprochene Wort-

Sehr geehrter Herr Regionspräsident,
sehr geehrte Frau Vorsitzende,
sehr geehrte Mitglieder der Regionsversammlung,
meine sehr geehrten Damen und Herren,

wie jedes Jahr gilt mein Dank an erster Stelle der gesamten Verwaltung für die Erstellung des Haushaltes 2022 und die ausführliche Vorbereitung der Haushaltsberatungen. Insbesondere gilt der Dank dem zuständigen Führungspersonal, Regionspräsident Krach und Dezernentin Drautz. Besonders hervorheben möchte ich an dieser Stelle den gesamten Service Finanzen und den Service Personal.

Die Aufstellung des Haushaltes war in diesem Jahr geprägt von starken Unsicherheiten. Wie jeder weiß, ist unsere Finanzlage direkt von der wirtschaftlichen Entwicklung abhängig. Die Coronakrise ist dabei ein entscheidender Faktor, aber auch der Krieg in der Ukraine wird sich sicherlich auf die Wirtschaft auswirken. Wie stark die Einschnitte werden, mag heute niemand vorhersagen. Besonders die mittelfristige Finanzplanung könnte sich dadurch noch erheblich schlechter darstellen als derzeit prognostiziert. Dabei muss sich die Region Hannover aber auch in Zukunft ihren großen Herausforderungen stellen. Die Schaffung eines verlässlichen Zahlenwerkes ist unter den genannten Rahmenbedingungen eine Herausforderung. Aber gerade weil niemand

weiß, wie die Entwicklung ist, wäre eine Zurückhaltung und eine strukturierte Haushaltsanalyse notwendig. Dem wird sich allerdings innerhalb der Verwaltung und von den Mehrheitsfraktionen verweigert. Ich glaube, wir gehen stürmischen Zeiten entgegen. Die Verwaltung präsentiert uns einen Haushalt und geht dabei von 6 % Einnahmenwachstum in der Gewerbesteuer aus. Das ist weltfremd. Die Corona-Pandemie ist kein Wachstums-Motor für die Allgemeinheit. Als der Haushalt aufgestellt wurde, spielte der Krieg in der Ukraine noch keine Rolle. Nun ist er real. Und er hat Folgen. Die Benzin- und Dieselpreise galoppieren, und das hat Einfluss auf die Einnahmen unserer Gewerbebetriebe. Im Ergebnis steigt die Verschuldung von 551 Mio. Euro im Jahr 2021 auf 734 Millionen Euro. Die mittelfristige Finanzplanung ist von Verlust geprägt. Im Jahr 2026 wird der Schuldenturm auf 1,2 Mrd. Euro angewachsen sein. Das sind keine guten Aussichten, und das größte Wahlversprechen vom Regionspräsidenten, das 365 Euro-Ticket für den ÖPNV, steht noch aus und ist in der Prognose nicht erfasst. Sei es nun, ob man es über ein Haushaltskonsolidierungskonzept oder eine strukturierte Aufgabenkritik macht. Beidem wird sich verweigert, und das ist vor dem Hintergrund der mittelfristigen Finanzplanung eine grobe Fahrlässigkeit. Das muss man kritisieren.

Auch geht dieser Haushalt wiederum mit einem großen Stellenaufwuchs einher. Zusammen mit der Veränderungsliste verzeichnen wir ca. 130 zusätzliche Stellen. Einige Stellen sind natürlich gut nachvollziehbar und auch notwendig. Bei anderen Stellen bleibt völlig unklar, warum diese notwendig sind. Häufig wird eine Organisationsuntersuchung als Begründung angeführt. Hier mangelt es einfach an Transparenz. Dies gilt für viele Bereiche des Haushaltes, wenn man beispielsweise das kurzfristige Einreichen von

Veränderungslisten vor Finanz- und Regionsausschuss (1-2 Stunden vor dem Ausschuss) betrachtet. In diesen Veränderungslisten geht es jedoch um wesentliche Bestandteile mit einem Umfang bei einzelnen Positionen von 40 Mio. €.

Dies gilt in gleichem Maße für unsere Beteiligungen. Sie sind von Corona stark beeinflusst. Die geringe Inanspruchnahme des ÖPNVs belastet Üstra und RegioBus in erheblichem Umfang. Der Zoo leidet aufgrund von Schließungen, und besonders das Klinikum ist ohnehin sehr stark belastet. Wir stehen natürlich zu den Beteiligungen und wissen auch, dass Unterstützung hier notwendig ist. Allerdings wäre eine regelmäßige Berichterstattung über wesentliche Entwicklungen wünschenswert, weshalb wir dieses auch als Antrag gestellt haben.

Dieser wurde jedoch, wie fast alle unsere Anträge, von Rot-Grün abgelehnt. Die zwei Anträge, die für würdig befunden wurden, dienen nur der Augenwischerei. Inhaltlich hätten Sie sich jedoch vielen Anträgen anschließen müssen, da sie für vorhandene Probleme gute Lösungen bieten. Trotzdem haben Sie es nicht getan; und deshalb wird es im Schulbereich kein grünes Klassenzimmer und auch keine flexiblen modularen Klassenräume geben.

Im Bereich Wirtschaft hatten wir die Anträge gestellt, einen runden Tisch Breitbandausbau einzurichten und eine Aufstockung des Budgets für die Förderung von Maßnahmen zu Klimaanpassungsfolgen bei Gewerbeflächen vorgeschlagen. Im Bereich der Regionalen Naherholung wollten wir auf dem Wilhelmstein eine behindertengerechte Toilette einrichten und einen Fonds für Dorfgemeinschaftsprojekte einführen. Im Bereich Kinder- und Jugend wollten wir eine Communities that Care Befragung, Schülerinnen und Schüler bei der Berufswahl unterstützen und eine Förderung der Regionsjugendfeuerwehr mit 50.000€. Im Bereich

Umwelt und Naturschutz sollte bspw. die Waldaufforstung und die Biodiversität unterstützt werden.

Für den Bereich Verkehr sollte die Linie 500 bis Weetzen geführt werden und ein Pilotprojekt für die Beleuchtung von Radwegen durchgeführt werden.

All diese guten und sinnvollen Maßnahmen werden nun nicht umgesetzt. Ihre Projekte hingegen werden alle beschlossen. Dies müssen wir natürlich akzeptieren. Einige Anträge von Rot-Grün unterstützen wir auch, da sie aus unserer Sicht sinnvoll sind. Zu nennen wären hier exemplarisch die Anschaffung von Luftreinigern für Förderschulen und die Beschaffung von Einsatzfahrzeugen für die Regionsfeuerwehr.

Insgesamt muss man allerdings attestieren, dass Ihre Anträge in Summe nicht der aktuellen und zukünftigen Haushaltslage Rechnung tragen. Ihr Regionspräsident und Ihre Finanzdezernentin weisen zu Recht darauf hin, dass die Finanzlage der Region Hannover angespannt ist.

Trotzdem werden mit Ihren Anträgen erhebliche Ausgaben getätigt und wiederum neue Stellen geschaffen. Dabei sollte man meinen, dass Ihr Dezernent und Ihre Dezernentinnen auch wissen, ob sie weiteres Personal benötigen. Ein gutes Beispiel ist hier die strategische Verkehrsplanung, die mit zwei Stellen aufgestockt werden soll, wo mir bis heute nicht klar ist, was die Leute machen sollen. Herr Franz hätte diese auch einfach in den Stellenplan schreiben können. Da er das nicht getan hat, gehen wir davon aus, dass diese Stellen nicht notwendig sind. Deshalb können wir solche Anträge nicht unterstützen.

Aber dies scheint nicht der einzige Punkt zu sein, wo man sich innerhalb der SPD nicht einig ist. Herrn Franz und die SPD Fraktion habe ich in der Vergangenheit immer als Verfechter von roten Fahrradstreifen gesehen. Herr Krach hat öffentlich bekundet, dass diese ihm missfallen.

Das sollten Sie erstmal intern klären.

Auch durften wir aus der Zeitung erfahren, dass das 1€ Ticket 2023 kommen soll. Zur Umsetzbarkeit hat die Regionsverwaltung in der Vergangenheit immer ausgeführt, dass unsere Infrastruktur diese nicht bewältigen kann. Im Haushalt ist dieses Ansinnen ebenfalls nicht deutlich dargestellt. Daher muss man hier die Informationspolitik deutlich kritisieren. Unsere Frage hierzu lautet nun einfach, ob die Kosten dafür in der mittelfristigen Finanzplanung unter anderen Posten versteckt wurden oder ob sich durch die Maßnahme dann weiter das Defizit erhöhen wird. Beides ist aus unserer Sicht nicht tragbar. Eine Refinanzierung könnte schlussendlich nur über eine höhere Regionsumlage erfolgen, welches wir entschieden ablehnen. Dies ist allen hier im Raum klar, aber wegen der anstehenden Landtagswahl möchte es wohl keiner aussprechen.

Insgesamt fasse ich zusammen.

Erstens: Der Verwaltung der Region und der Mehrheitsgruppe aus Rot-Grün ist klar, dass die Finanzlage angespannt ist und in Zukunft sehr viel schwieriger wird. Einer strukturierten Analyse und Konsolidierung verweigert man sich.

Zweitens: Die Ausgaben für teilweise sinnlose Projekte und der Stellenaufwuchs werden durch Rot-Grün deutlich verstärkt. Angesichts des prognostizierten Schuldenaufwuchses auf ca. 1 Mrd. € ist das nicht tragbar.

Drittens: Eine Transparenz im Haushalt bzw. über die Zukunft ist nicht gegeben. Dabei wird auch keine Aussage, wie man Projekte wie das 1€ Ticket finanzieren will, getroffen.

Wir haben uns einer konstruktiven Diskussion in den Haushaltsberatungen nie verschlossen und aktiv versucht, unsere Ideen einzubringen.

Wir teilen viele der notwendigen Investitionen, wie in das Klinikum, die Verkehrsinfrastruktur und unsere Schulen.

Trotzdem müssen wir aufgrund der zentralen drei Mängel des Haushalts diesen ablehnen.

Zum Schluss möchte ich an dieser Stelle allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung und in unseren Beteiligungen für die großen Leistungen im vergangenen Jahr danken. Die große Belastung durch Corona war bzw. ist für unser Personal eine Herausforderung, die aber im Wesentlichen gut bewältigt wurde. Hierfür sagen wir allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern herzlichen Dank für die geleistete Arbeit.

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.